

Deutsche Atombomben made in München

Zehn Jahre Super-Gau - der atomare "Tiefpunkt" ist überwunden.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl brachte für das durch Massendemonstrationen an den AKW-Bauplätzen und die Ablehnung breiter Teile der Bevölkerung bereits angeschlagene Atomprogramm der BRD das vorläufige Aus. Der Slogan der militanten Anti-AKW-Bewegung "Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden" nahm schneller Realität an, als seine ErfinderInnen wohl gedacht haben mögen. Jahrelang gingen keine neuen Reaktoren mehr ans Netz. Der "Schnelle Brüter" in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop und die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wurden zu Milliardenruinen. Seit 1988 mußten aufgrund der erfolgreichen Anti-AKW-Bewegung Investitionen von insgesamt über 15 Mrd. DM abgeschrieben werden; weitere 11 Mrd. DM sind z.Zt. in atomaren Anlagen gebunden, deren Inbetriebnahme oder Fertigstellung gefährdet sind.

Die Hardliner des nuklear-industriellen Komplex bereiten trotz dieser niederschmetternden Bilanz ein Comeback der Atomenergie vor. Neue Anläufe für ein 2. Atomprogramm werden gemacht - auch diesmal unter Führung von Siemens und RWE und mit Schützenhilfe exponierter Machtpolitiker (Schröder, Stoiber etc.). Doch es mischen auch neue Akteure mit: So ist die Technische Universität (TU) München Bauherr des geplanten Atombomben-Forschungsreaktors Garching II (FRM II).

Weitere neue Reaktorlinien sind in Vorbereitung, insbesondere der Druckwasserreaktor (in Kooperation von Siemens und Framatome) soll spätestens ab 2005 ans Stromnetz. Die Atomfusion soll intensiver erforscht und ein Demonstrationsreaktor gebaut werden. Zwischen den Parteien laufen "Energie-Konsensgespräche", um die Akzeptanz für den Wiedereinstieg in die Sackgassentechnologie Atom auszutesten.

Die ökonomischen und politischen Gründe für die drohende Renaissance der Atomenergie sollen am Beispiel des Münchner Projekts verdeutlicht werden.

Der Stoff, aus dem die Bombe ist

Der alte Münchner Forschungsreaktor aus dem Jahr 1957, das sogenannte "Atomei" mit seinem charakteristischen Blechmantel, ist völlig veraltet. Aus dem Kamin dampfte Tritium mit einer Radioaktivität von 76 Mio. Becquerel pro Tag. Dieses Tritium findet sich im Grundwasser, in Obst und Gemüse wieder. 1979 flossen aufgrund einer Reihe von Lecks radioaktive Abwässer in die Isar. 1991 verseuchte ein undichter Abwasserkanal Erdreich und Grundwasser. Auf dem Betriebsgelände mußte noch im Dezember 95 hoch radioaktiv belastetes Erdreich (Americium 241 und Plutonium- Isotope) entsorgt werden.

Im allgemeinen sollen Forschungsreaktoren nicht Energie, sondern Neutronen für wissenschaftliche Zwecke liefern. Die "üblichen" Gefährdungen durch den Normalbetrieb eines AKWs (steigende Leukämie- und Krebsraten, Veränderung des Erbguts, der Zwang zum Transport radioaktiven Materials und die ungeklärte Endlagerung) drohen aber natürlich auch durch Garching II. Zusätzliche Risiken kommen durch seine spezielle technische Konzeption hinzu: Ein 2500 Grad heißer Graphitblock soll im Reaktorkern als Moderator verwendet werden. Wenn dieser Block _ genauso, wie es in Tschernobyl passiert ist _ in Brand geraten sollte, dann gibt es kein Halten mehr. Und schließlich kommt noch die Gefahr von Flugzeugabstürzen wegen des nahen Erdinger Flughafens hinzu.

Die Betreiberin des Forschungsreaktors, die TU München, sowie Siemens planen seit Jahren Ersatz. Vorgesehen ist ein Neubau, der 20 Megawatt Leistung (0,5% des AKW Biblis) bringen soll, der aber mit 800 Billionen Neutronen pro Quadratcentimeter/Sekunde (das 16- fache des FRM I) einen Weltrekord als ergiebigste Neutronenquelle aufstellen soll. Der FRM II, dessen Fertigstellung für das Jahr 2001 angepeilt wird, soll nach Angaben der Bauherren zur Forschung in Festkörpern, biologischen und chemischen Substanzen dienen. Angesichts dieser technischen Daten macht dann die Auswahl des nuklearen Brennstoff stutzig: Im neuen Reaktor soll hochangereichertes Uran (HEU) eingesetzt werden, das zu 93% aus dem im Natururan nur in einer Verteilung von 0,7% vorkommenden Isotop Uran-235 besteht. U-235 ist in dieser Konzentration atombombentauglich. Im Unterschied zum schwer handhabbaren, hochgiftigen Plutonium kann aus HEU ohne größeren technischen Aufwand eine Atombombe gebaut werden. HEU ist in Uransilizid (U₃Si₂) eingebunden; die Brennstoffplatten würden sich in kürzester Zeit in chemischen Säuren auflösen und der Bombenstoff extrahieren lassen. Im FRM II werden jährlich fünf dieser Urankerne zu 7,5 Kilogramm benötigt; für eine Uranbombe sind etwa 8 kg erforderlich.

Unterlaufen des Atomwaffensperrvertrags

Der FRM II läuft einem weltweiten Programm zur Anreicherungsreduzierung in Forschungsreaktoren (RERTR) zuwider, das die US-Administration 1978 startete, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu begrenzen. Die Verwendung von waffentauglichem Uran in damals 30 Forschungsreaktoren ließ Präsident Carter fürchten, daß die USA ihr technisches Monopol verlieren könnte und die Proliferation von Atomwaffentechnik erleichtert würde. Als Ersatz für das HEU sollten stattdessen neue, "hochdichte" Uranmischungen hergestellt werden, damit trotz schwächerer Anreicherung (Uran mit 20% Anreicherungsgrad _ LEU _ gilt als nicht mehr waffentauglich) die Neutronenquellen weiter fließen konnten.

Der Einsatz von HEU wurde international geächtet; die BRD hatte vor 1984 ein Versprechen abgegeben, auf waffenfähiges Material zukünftig zu verzichten. Dementsprechend wurden die bundesdeutschen Forschungsreaktoren in den nächsten Jahren umgestellt, angefangen mit Geesthacht 1.

Von 42 Forschungsreaktoren außerhalb der USA arbeiten heute nur noch 4 mit HEU, die übrigen nutzen leicht angereichertes Uran. Zuletzt stoppte Clinton im Februar 1995 in den USA die Planungen für den Forschungsreaktor "Advanced Neutron Source" in Oak Ridge, weil dort der Einsatz von HEU vorgesehen war.

Die TU München setzt sich mit ihren Planungen nun nicht nur über RERTR und über die früheren Versicherungen der Bundesregierung hinweg, sondern will zusätzlich auch noch die Technik der hochdichten Brennstoffe (die eigentlich als Ersatz gedacht waren) dazu nutzen, um in Kombination mit HEU den Weltrekord im Neutronenfluß aufzustellen. Der FRM II ist damit weltweit ein einzigartiges Unterfangen, soweit es den Neubau ziviler Forschungsreaktoren betrifft.

Der Poker um die deutsche Bombe

Seit 1989 versucht die US-Regierung vergeblich, das Projekt der TU München wegen der Waffentauglichkeit des Brennmaterials mit diplomatischen Mitteln zu verhindern. 1992 verhängte sie schließlich einen Lieferstop für hochangereichertes Uran. Der BRD-Delegation auf der Atomwaffensperrvertragskonferenz war es 1995 gelungen, einen Beschluß zu verhindern, der den Bau von neuen Forschungsreaktoren mit HEU verboten hätte. Die TU München will nun mit dem FRM II einen Präzedenzfall schaffen, der die Clinton- Regierung aus begründeter Furcht vor atomaren BRD-Ambitionen zu emsiger Aktivität gegen das HEU-AKW antrieb. Anfang 96 mußte allerdings seine diplomatische Sonder-Gesandtschaft unverrichteter Dinge von Bayern zurück nach Washington reisen.

Bundesregierung und Wissenschaftsrat haben die Verwendung von HEU im Frühjahr '95 entgültig gebilligt. Man fühlt sich stark genug, eine kompromißlose Linie durchziehen zu können: Mitte Dezember war durch eine Indiskretion aus dem Forschungsministerium bekannt geworden, daß Projektleiter Anton Axmann (TU München) auch einen Urananreicherungsgrad von 70% statt 93% für ausreichend hält - "ohne Qualitätseinbußen". Doch schon kurz darauf erfolgte das Dementi; bayrische Staatsregierung und TU München halten eisern an der 93-prozentigen HEU-Konzentration fest.

1988 hatte das Auswärtige Amt die Herrschenden im Land noch davor gewarnt, daß eine "neue Forschungsanlage mit hochangereichertem Uran die bisherige internationale Zusammenarbeit gefährdet und ihr die Glaubwürdigkeit entzieht". Aber das war 1988 gewesen, vor der Erlangung der nationalen Souveränität Deutschlands! In Bonn und an der Isar läßt man sich von den Amis heuer nix mehr vorschreiben _ das sind doch jetzt die imperialistischen "Mitkonkurrenten": "Wir sind doch keine Bananenrepublik", schließlich gehe es "um handfeste wirtschaftliche und wissenschaftliche Konkurrenz" (Zehetmair, bayrischer Wissenschaftsminister am 31.1.96 im Forschungsausschuß des Bundestags). Die deutsche Seite werde den geplanten Betrieb der Anlage mit kernwaffentauglichem Uran notfalls gegen den Widerstand der USA durchsetzen _ setzte Bundesbildungsminister Rüttgers an gleicher Stelle nach.

HEU: Woher nehmen und nicht stehlen?

Der Atomreaktor soll 30 Jahre Betriebszeit lang laufen. Der bayrische Ministerpräsident Stoiber erklärte, die Erstausrüstung mit 400 kg HEU werde man bei der ESA (Europäische Reaktorversorgungsagentur) der Euratom einkaufen. Die Liefergarantie der ESA für das HEU _ 40 kg werden jährlich gebraucht _ gilt allerdings nur für 10 Jahre. Spätestens dann sind die Restbestände aus US-Herstellung in Europa aufgebraucht. Der Nachschub von atomarem Brennstoff, der auf

"legalem" Weg nach München gelangt, wird stocken. Mehr als 1 Mrd. DM wären dann verpulvert! Die Atommafia wird daher schon sehr bald auf illegale Lieferkanäle zurückgreifen müssen _ die "Plutoniumaffäre" zeigt die Fähigkeit und Skrupellosigkeit, dies auch tatsächlich zu tun. Weil die USA aus guten Gründen nicht bereit sind, dem neuen souveränen Deutschland waffenfähiges Uran zu geben, fühlten die Münchner Bauherren zusätzlich bereits im April 1994 im Moskauer Atomministerium vor: "Es sind Gespräche mit Rußland aufgenommen worden, um zusätzliche Lieferquellen zu erschließen", gab Bernd Neumann, Staatssekretär im Rüttgers-Ministerium im Forschungsausschuß zu.

Die BRD befindet sich dabei in einem Wettlauf mit den USA, die ihrerseits versuchen, waffenfähiges Uran in den GUS-Staaten aufzukaufen, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Die erste Etappe hat Bonn verloren: Bei einem russisch-US-amerikanischen Gipfeltreffen wurde Mitte Februar '96 vereinbart, kein hochangereichertes Uran an die EU zu liefern. Stattdessen werden 500 Tonnen des russischen HEU-Bestandes (1200t) von den USA für 12 Mrd.\$ aufgekauft und dem Markt entzogen. Um den ehemaligen militärischen Vasallen vom Nachschub an Atombombenstoff abzuschneiden, müssen die USA heute bereits Summen zahlen, die die Größenordnung des deutschen Anteils an den Golfkriegskosten annehmen.

Strauß lebt?!

Sollte in Garching jemals ein Reaktor mit HEU betrieben werden, hätte die BRD nach dem Scheitern der WAA Wackersdorf und dem Schnellen Brüter in Kalkar erstmals wieder eine Anlage, die militärisch nutzbares Uran verwendet. Daß eine solche Anlage in Bayern entstehen soll, ist vermutlich kein Zufall:

Unter Strauß propagierte die CSU den deutschen Griff zur Atombombe und bekämpfte den Atomwaffensperrvertrag. Als Atom- und Kriegsminister schuf Strauß die Grundlage sowohl für eine deutsch- französische atomare Kooperation als auch _ mit Hilfe reaktiverer Nazi-Atomphysiker _ die industrielle Basis zukünftiger deutscher Atommacht.

So wurde beispielsweise Erich Rudolf Bagge 1956 Geschäftsführer des Atomforschungszentrums Geesthacht. Bagge diente im Heereswaffenamt und war seit 1941 Mitarbeiter von Heisenberg und Hahn, die das NS-Atombombenprogramm betrieben. Der SS- Obersturmbannführer und Direktor der Degussa, Alfred Boettcher, avancierte 1960 zum wissenschaftlichen Direktor des Kernforschungszentrums Jülich und wurde Mitglied der "Deutschen Atomkommission", dem Beratungsgremium des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Boettcher war außerdem Leiter der Personalabteilung der Deutsch-Südafrikanischen und der Deutsch-Brasilianischen Zusammenarbeit im Bereich Atomtechnik. Beide Staaten verfolgten in den 70er Jahren militärische Atomprogramme und kooperierten heftig und gegen US-amerikanische Proteste mit der damaligen SPD/FDP-Regierung in Bonn bzw. mit der bundesdeutschen Atomindustrie.

Standortsicherung für Bayern

Mit dem neuen Garchinger AKW soll die Führungsrolle der BRD in der Neutronenforschung verteidigt werden. Mit Hilfe der dichten hochenergetischen Neutronenstrahlung will man in die Materie hineinschauen können und technische Vorsprünge in der Materialforschung ausbauen, u.a. für - Anwender in der Industrie (Hochleistungs-Bauelemente für Halbleitertechnik) - die Suche nach neuen Stoffen für die Pharmaindustrie und natürlich für "nobelpreisträchtige Forschungsarbeiten" (Reaktorplaner und Kernphysiker Wolfgang Gläser). Lassen wir sie im Originalton zu Wort kommen: "Neben Vorteilen für einzelne Industriefirmen muß auch ein langfristiger Nutzen für die Kerntechnik gesehen werden. ... Zum Bau der Neutronenquelle wird viel von dem know-how aus 3 Jahrzehnten Kernenergieentwicklung benötigt und in das Projekt eingebunden. Besonders die Entwicklung der speziellen Experimentiereinrichtungen in unmittelbarer Nähe zum Reaktorkern, die in enger Wechselwirkung zwischen Auftraggebern (Forschung/Hochschule) und Auftragnehmern (Industrie) erfolgen muß, kann zur Erhaltung des technischen Spezialwissens beitragen" (unveröffentlichte Schrift der TU München, zitiert nach: Jutta Dittfurth "Feuer in die Herzen"). Für diese Zwecke müsse der FRM II her, sonst drohe eine "Neutronenlücke". Die TU-Professoren lügen: Die genannten Ziele der High-Tech-Forschung fürs Kapital ließen sie sich selbstverständlich auch ohne AKW-Neubau verfolgen, nämlich in einem Synchrotron (Teilchenbeschleuniger), einer Neutronenquelle, die ohne atomare Spaltung und Strahlung funktioniert. Am europäischen Atomforschungszentrum in Grenoble wären z.B. genügend Forschungskapazitäten frei _ das mußte selbst die Bundesregierung eingestehen.

Der FRM II als "Fadenriß"-Reaktor

Neben der möglichen militärischen Nutzung ist der Bau des FRM II für die Atomindustrie der BRD (und damit für Siemens) aus technischen und ökonomischen Gründen ein absolutes Muß. Seit zehn Jahren hat der Konzern keine neuen Reaktoren mehr gebaut, die technische Fähigkeit dazu reißt ab. Nicht umsonst werden der FRMII und mehr noch der EDR (der "Europäische Druckwasser-Reaktor"), der im bayrischen Viereth gebaut werden soll, von der Atomlobby auch "Fadenriß-Reaktor" genannt. Den französisch-deutschen EDR will Siemens exportieren, den Forschungsreaktor ebenfalls und zwar in der Ausstattung für HEU. Siemens will insbesondere in Osteuropa und Asien im Geschäft bleiben. Man hat sich bereits die Modernisierung der AKWs in Tschechien und der Slowakei gesichert. Dietmar Kuhnt (RWE) fasst zusammen: "In der deutschen kerntechnischen Entwicklung darf kein Fadenriß entstehen. Auch wenn kurzfristig kein Bedarf für neue Anlagen existiert, muß weiter geforscht werden".

Zentral sei für die Atomindustrie außerdem "die Konsensfindung, nämlich die Voraussetzungen für einen politisch ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke endlich zu schaffen" (Kuhnt). Die sogenannten "Energiekonsensgespräche" zwischen SPD und CDU haben das Ziel, für genau diese Option der Entwicklung eines neuen Atomprogramms politische Akzeptanz und Rahmenbedingungen zu schaffen. Dafür ist die Atomlobby auch bereit, ein paar Schrottreaktoren ein paar Jahre früher als geplant von Netz zu nehmen.

Der schwarz-rot-grüne Energiekonsens

Zur Verharmlosung der Atomgefahr tragen prominente Grüne an exponierter Stelle bei: So ist die forschungspolitische Sprecherin der Bundestagsgrünen, Simone Probst, mit dem ersten bundesdeutschen Reaktorneubau seit Tschernobyl einverstanden, wenn die TU das HEU weglassen würde. Ihre Landtagskollegin Irene Sturm wäre mit dem neuen AKW schon zufrieden, wenn es denn mit nur 20%-igem Uran 235 beschickt würde. Die "AKW-Nee"-Zeiten der Grünen sind vorbei. Sie befinden sich dabei in Bayern in strahlender Gesellschaft: Auch der örtliche BUND befürwortete 1994 den Bau des FRM II, ebenso wie die bayrische SPD unter Glotz und dem Ex-Grünen Otto Schily.

Gelänge es der Anti-AKW-Bewegung, die beiden Atomprojekte zu verhindern und den schwarz-rot (-grünen) Energiekonsens zu durchkreuzen, fliegt Siemens aus dem Geschäft. Ein weiteres _ diesmal auch offen militärisches _ Atomprogramm sowie eine weltweite Exportoffensive des Konzerns wäre im Ansatz gestoppt. Daß damit auch Milliardensummen an staatlichen Forschungssubventionen eingespart würden, wäre ein nicht zu unterschätzender "Nebeneffekt".

Der FRM II als Bildungskiller und Milliardengrab

Ursprünglich (1991) waren für den FRM II Kosten von 325 Mio. DM veranschlagt. Inzwischen wird von Bau- und Errichtungskosten von 690 Mio. und 30 Mio. Erschließungskosten ausgegangen, zusammen also 720 Mio. DM. Siemens soll davon 504 Mio. einheimen. Für die Deckung des Preisaufschlags mußten Bundes- und Bayrische Regierung ihre Bildungsetats schröpfen: Rüttgers steuert aus der studentischen BAFÖG-Kasse 160 Mio. zu und nimmt den Rest aus dem Hochschulbauförderungsprogramm (Reaktorhallen statt Hörsäle). Aus dem ehemaligen Forschungsministerium kommen 240 Mio (160 für den Bau, 80 als Betriebskostenzuschuß). 270 Mio. DM wurden aus dem Bildungsetat Bayerns ausgekoppelt. Für diesen Aderlaß wurden den Hochschulen die Betriebsmittel gekürzt und die Stellen zusammengestrichen. Die 5000 am 1.2.96 demonstrierenden Münchner StudentInnen hatten also allen Grund, lautstark den Planungsstopp des AKWs zu fordern.

Der Atommonopolist Siemens erhält mindestens eine halbe Mrd. DM aus Bildungsetats, die für eine Verbesserung der materiellen Studienbedingungen dringend gebraucht würden. Damit wird eine Subventionierung auf die Spitze getrieben, die an verschiedenen (u.a. Münchner) Hochschulen bereits besteht: Dort liegen schon ganze Fachbereiche an der Kette von Siemens, das über das Lehrpersonal und die Studieninhalte entscheidet und sich davon industrie- und high-tech-fixierten Nachwuchs erhofft.

Auch wenn TU-Projektleiter Axmann die in der Planung vorgesehene Betonhülle des Reaktors (10 Mio. DM Baukosten) als "bayrisches Extra der Politiker" bezeichnet, die eigentlich unnötig sei, aber die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen soll, ist bei einer Bauzeit von 7 Jahren eine Kostensteigerung auf über 1 Mrd. DM absehbar. Für den Generalunternehmer Siemens (bzw. seine Tochterfirma KWU) eine fette Beute.

Der Filz aus Hochschule, Wirtschaft und ihren Amigos in der Landesregierung lohnt sich: Siemens erhielt den Bauauftrag in "freihändiger" Vergabe erteilt, d.h. es wurde keine vorherige Ausschreibung

durchgeführt (und damit eine kostentreibende Generalvollmacht erteilt, wie der Bundesrechnungshof rügte.

In einem hellen Moment brachte es ein Hinterbänkler auf den Punkt:

Es wird "unheimlich viel Porzellan zerschlagen, nur damit Siemens mal wieder einen Reaktor bauen kann" (Kubatschka, SPD-MdB).

Der Bauplatz muß wieder zur Isar-Wiese werden

Die erste Teilerrichtungsgenehmigung für FRM II wurde jetzt nach Ostern vom bayerischen Umweltministerium erteilt. Ab dem Jahr 2001 wäre dann Strahlungsbeginn. Doch dieser Zeitplan wird sich auf jeden Fall verzögern: Nach einem Gutachten des TÜV Bayern bestehen an der Sicherheit des Reaktors erhebliche Zweifel. U.a. sei das Verhalten des neuen Kompakt-Brennelements völlig unvorhersehbar. Schon bei einer minimalen Aufblähung des hochangereicherten Urans während des Betriebs könnten sich die Kühlungskanäle im Brennelement verschließen und die Reaktorkühlung ausfallen. Eine Kernschmelze und ein GAU wären dann nicht mehr zu verhindern.

Die Hoffnungen auf parlamentarische Lösungen, die diversen angekündigten "Einstiege in den Ausstieg", sind schmachvoll gescheitert. "Rotgrün" betreibt in den Ländern die bestehenden Reaktoren weiter. In NRW z.B. stehen der Ausbau des Atommüll- ("Zwischen")-Lagers Ahaus und der Urananreicherungsanlage Gronau auf der Tagesordnung. Entgegen allen Ausstiegsbeteuerungen hat die neue Bündnis'90/SPD-Regierung nichts daran geändert. Auch die Existenz weiterer Atomanlagen in NRW widerlegt die Behauptung, NRW sei aus der Atomenergie ausgestiegen: Zu nennen sind Duisburg (Zerkleinerung und Verpackung von Atomschrott), Jülich (Kernforschungsanlage), Krefeld (Herstellung von CASTOR-Behältern) und auch das niedersächsische AKW Lingen, das NRW mit Atomstrom versorgt und das von den VEW betrieben wird. Auch die Pläne für einen AKW-Nachfolgebau in Würzhausen sind noch nicht vom Tisch. Wer nicht auf die fehlerhafte Technik oder auf die parlamentarische Kriech- und Schleimspur vertrauen möchte, der/die sollte sich an den geplanten Aktionen der Anti-AKW-Bewegung im Frühjahr beteiligen. München wurde aus guten Gründen als Ort der wichtigsten Demonstration gewählt, denn alle Züge des neuen Atomprogramms werden am FRM II deutlich.

Schon früh haben deshalb vor Ort ökologische Initiativen auf die Baupläne für den Bombenreaktor reagiert: 50000 EinwanderInnen gab es gegen das offizielle Genehmigungsverfahren.

Mehr als 50 bekannte PhysikerInnen sprachen sich in Zeitungsanzeigen gegen den Bau des FRM II aus. Das Münchner "Anti- Atom-Bündnis" organisierte Demonstrationen und örtliche Aktionen. Mit jedem Tag an Zeitverzögerung verliert Siemens viel Geld und Marktpositionen; der "Faden", an dem die Zukunft der Atomindustrie hängt, spannt sich straffer!

Um den Protest gegen das international umstrittene Projekt abzubiegen und zu kanalisieren, wurde in Garching sogar eine eigene "Bürgerinitiative" gegründet, damit der absehbare Protest in regulierbaren Bahnen bleibt. Die Pro-Atompartei SPD, die ökorassistische ÖDP und das mit staatlichen bayrischen Geldern mitfinanzierte "Umweltzentrum" wirken darin mit und liefern DemonstrantInnen mit "falschen" Transparenten gelegentlich schon mal an die Polizei aus.

Der bundesweite Trägerkreis "Nie wieder Tschernobyl (u.a. lokale Anti-AKW-Initiativen, Netzwerk Friedenskooperative, BBU, ÖkoLi, ASten u.v.a.) ruft deshalb gemeinsam mit dem Anti-Atom-Bündnis München auf zur Teilnahme an der Demonstration "Tschernobyl ist überall" _ Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlage am 27. April in München auf. (Auftakt ca. 11 Uhr auf der Orleansplatz (Haidhausen), 12 Uhr Demobeginn)

Weitere regionale Demonstrationen plant der Trägerkreis in Biblis, Krümmel, Ahaus, Magdeburg und Breisach. Der Widerstand muß auf die Straße!

Dieter Asselhoven (Ökologische Linke, Köln)

Wer nicht bis zum 27.4. warten will, kann schon jetzt Siemens (und seine Tochter-Unternehmen) wegen ihrer Atompolitik boykottieren. 120 Organisationen und Verbände aus der BRD, Österreich, Schweiz und den Niederlanden haben sich zusammengeschlossen, um dem Konzern den Profit am Atomgeschäft zu verderben. Für den Boykott infrage kommen u.a. Haushaltsgeräte, Audio- und Videosysteme, Telefonanlagen, Computer, Beleuchtungskörper von: Capricorn, Cardion, Constructa, Duewag, Dulux, Heliodent, Hicom, Magnetom, Impact, Neff, Neurostar, Neve, Osram, Potter&Brumfield, Rofin- Sinar, Rolm, Siecor, Siemens Plessey, Siemens-Nixdorf (SNI), Signo, Simatic, Somatom, Sylvania, Taicom, u.a. (Zusammenstellung und weitere Informationen bei der

"Siemens-Boykott-Kampagne", 10924 Berlin, Postfach 610285; Tel.: (030) 2299553; dort ist auch eine Broschüre über die "Atomschmiede Siemens" erhältlich).

aus: SoZ 08/96

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) erscheint vierzehntägig in 50674 Köln, Dasselstr. 75-77.

Tel.0221-211555. Fax.0221-214137. Ein Schnupperabo (5 Ausgaben) kostet 10 DM.

e-mail: SOZ@Link-Lev.dinoco.de